

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 45 (1951)
Heft: 9

Artikel: Weltrundschau : Brandherd Ostasien ; Korea und die Folgen ; Wer war am Krieg interessiert? ; Die Eigengesetzlichkeit eines Krieges ; Frieden mit Japan? ; Gefahr und Hoffnung
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-139527>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Brandherd Ostasien Wir waren, so scheint es, etwas voreilig, als wir in unserer letzten Rundschau das nahe bevorstehende Ende des Korea-Krieges erwarteten. Die Waffenstillstandsverhandlungen von Kaesong sind vorläufig abgebrochen, und der Krieg ist aufs neue aufgeflammt, ohne daß man sehen könnte, wie er endgültig ausgelöscht zu werden vermöchte; ja die Gefahr ist nicht gering, daß der Brand nun wirklich auf China und von da auf die Sowjetunion übergreife, also die ganze Welt erfasse.

Wir wollen uns nicht lange bei der Frage aufhalten, wer und was an dieser unglücklichen Wendung schuld sei. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Nordkoreaner und Chinesen einen an sich harmlosen Fliegerzwischenfall absichtlich dramatisiert und zu einem «Mordversuch» gegenüber ihrer Verhandlungsdelegation aufgebauscht haben, um irgend welche politisch-taktische oder auch militärische Ziele zu erreichen, die vorerst nicht deutlich zu erkennen sind. Wichtiger als diese sehr schwer durchschaubaren Zusammenhänge ist ein Dreifaches: Erstens, daß auch die Amerikaner, bald nach Beginn der Verhandlungen von Kaesong, einen unbedeutenden Zwischenfall – das Erscheinen einer Gruppe bewaffneter Nordkoreaner in der neutralen Zone – stark aufbauschen und dadurch die Schaffung einer ihnen günstigeren Verhandlungsposition erzwingen. Zweitens, daß die Nordkoreaner und Chinesen mit einigem Recht befürchten, die Festlegung der gegenwärtigen Frontlinie als Waffenstillstandsgrundlage werde dazu führen, daß diese Linie später auch die politische Grenze zwischen Nord- und Südkorea bilden, daß also Nordkorea ein nicht unwesentliches Stück seines früheren Gebietsbestandes verlieren werde. (Die Amerikaner befürchteten ja ihrerseits, ein Rückzug bis zum 38. Breitengrad würde sie teuer zu stehen kommen, falls nach einem Scheitern der Waffenstillstandsverhandlungen die neugestärkte Rote Armee abermals zum Angriff anträte.) Und drittens ist zu sagen, daß – wie schon dieser Grenzstreit zeigt – die militärischen Fragen, die mit dem Waffenstillstand zusammenhängen, schwer zu lösen sind, solange nicht mindestens in ihren Grundzügen eine politische Gesamtregelung in Ostasien in Aussicht steht. Es ist deshalb immer wieder notwendig, die Korea-Frage im größeren Rahmen der allgemeinen Ostasienpolitik zu sehen, und wir möchten darum unseren Weltüberblick diesmal gerade einer Beleuchtung dieses Zusammenhangs widmen, dessen Klärung für das Verständnis der kommenden internationalen Ereignisse so besonders wichtig ist.¹

¹ Als Regel und im Sinn eines Versuches wollen wir im Rahmen unserer Welt-rundschau künftig überhaupt nur ein einzelnes aktuelles Hauptproblem behandeln, das auf diese Weise gründlicher dargestellt werden kann, als wenn neben ihm noch eine

Den Schlüssel für alles, was im ostasiatischen Raume vorgeht, haben die Vereinigten Staaten in der Hand. Vor allem mit ihrer *China-Politik*. Als Japan im August 1945 kapitulierte, sah sich Amerika in China vor einer schwierigen Lage. Die Mandschurei war von der Sowjetunion besetzt; die meisten Städte und viele Verbindungslinien Ost- und Zentral-Chinas wurden von den Japanern beherrscht; die ländlichen Gebiete waren im Besitz der chinesischen Kommunisten, die außerdem in Nordwest-China ein regelrechtes Staatswesen geschaffen hatten; nur der äußerste Südwesten des Riesenreiches stand unter der Kontrolle von Tschiang Kai-sheks Kuomintang-Regierung. Das Ziel der Vereinigten Staaten war nun, Tschiangs Herrschaft auf ganz China auszudehnen und die Kommunisten so vollständig wie möglich zu liquidieren. Und zunächst schien es auch, als würden sie es tatsächlich erreichen. Eine amerikanische Armee von 50 000 Mann übernahm nach und nach alle von den Japanern geräumten Gebiete, Seehäfen, Verbindungslinien und Industriezentren; ganze chinesische Armeen wurden mit amerikanischen Lufttransportern aus dem Süden nach dem Norden gebracht, und die Verdrängung und Vernichtung der Kommunisten konnte ebenso planmäßig wie erfolgreich begonnen werden. Ende 1946 war «Nationalchina» den Kommunisten an Mannschaften dreifach, an Ausrüstung vierfach überlegen, und der Traum von einem Amerika gänzlich hörigen China, das zusammen mit dem amerikanisch besetzten Japan ganz Asien zu beherrschen vermöchte, schien der Verwirklichung nahe.

Aber es schien nur. Trotz ausgiebigster amerikanischer Unterstützung mit Geld, Waffen und Ausrüstungsmaterial versank das Regime Tschiang Kai-shek so rasch und so vollständig in Korruption, Unfähigkeit und Auflösung, daß sein endgültiger Zusammenbruch und der Sieg der kommunistischen Revolution in ganz China nurmehr eine Frage der Zeit waren. Eine noch umfassendere Hilfe an die Kuomintang-Regierung kam für die Vereinigten Staaten nicht in Frage; andererseits aber vermochte sich Washington auch zu einem Bruch mit Tschiang und einer Verständigung mit den Kommunisten nicht aufzuschwingen, so daß es die Dinge einfach treiben ließ, wie sie wollten. Immerhin bereitete eine Gruppe realistisch denkender Amerikaner eine Schwenkung in China vor, wie sie mit der Anerkennung der neuen Regierung auch von anderen Ländern, besonders Großbritannien und Indien, vollzogen wurde und durch die rasch zunehmende Verschlechterung der militärischen Lage Tschiangs, der nur noch *Formosa* in der Hand hatte, vollends gerechtfertigt schien. Aus dieser Zeit – Ende 1949 und Anfang 1950 – stammen die wiederholten Erklärungen höchster amerikanischer Regierungsmänner über *Formosa*, das China nicht mehr länger vorenthalten werden dürfe, so daß es wirklich so aussah, als seien die Vereinigten Staaten

Reihe anderer Fragen und Vorgänge beleuchtet werden muß. Daß deswegen die Kommentierung der übrigen Weltereignisse nicht zu kurz kommt, dafür wollen wir Sorge tragen.

bereit, Tschiang Kai-shek abzuschreiben und sich mit dem Dasein eines kommunistischen Chinas abzufinden.

Korea und die Folgen So standen die Dinge, als am 25. Juni 1950 der Krieg in Korea ausbrach. Fast mit einem Schlag wechselte die Szene. Die Vereinigten Staaten beschlossen, in Korea militärisch einzugreifen, riegelten Formosa durch ihre Siebente Flotte gegen einen Angriff vom chinesischen Festland aus ab und stellten sich wieder offen hinter Tschiang Kai-shek – kurz, die ganze amerikanische Ostasienpolitik nahm eine neue Wendung und kehrte zu der Linie zurück, der sie bis etwa Mitte 1948 konsequent gefolgt war. Was war geschehen?

Um darauf zu antworten, muß man auf die Zeit der Befreiung Koreas von der japanischen Herrschaft zurückgehen. Die Japaner hatten am 14. August 1945 die Waffen gestreckt. Um Reibungen zwischen den Alliierten zu vermeiden, beschloß die Potsdamer Konferenz, Korea in zwei Zonen zu teilen und das Gebiet nördlich des 38. Breitengrads von russischen, dasjenige südlich davon durch amerikanische Truppen besetzen zu lassen. Inzwischen nahmen aber die Koreaner ihr Geschick in die eigenen Hände. Noch von China aus verkündete die provisorische koreanische Regierung ein Reformprogramm mit vier Hauptpunkten: 1. Nationalisierung alles japanischen Besitzes in Korea; 2. Anerkennung der Eigentumsrechte der Koreaner; 3. Verteilung von Land an diejenigen, die es bebauten, ohne es zu besitzen; 4. Förderung der Gesundheit und allgemeinen Wohlfahrt des Volkes. Den meisten Koreanern mußte dieses Programm angesichts der tiefen Klassengegensätze in Korea, die von der japanischen Ausbeutungsherrschaft noch verschärft worden waren, als sehr mild erscheinen. Wie dem aber auch gewesen sein mag: in Korea selbst schritt man unverzüglich an seine Verwirklichung. Im ganzen Land bildeten sich Volksausschüsse, die für die Wahrung der öffentlichen Ordnung sorgten, die politische Macht von den Japanern übernahmen, die Kollaboratoren absetzten und Reis an die notleidende Bevölkerung verteilten. Ein Nationalkongreß, der aus allen Landesteilen beschickt war, rief am 6. September die koreanische Volksrepublik aus. Unter der Führung von Lyuh Wun Hyung, eines sozialistischen Journalisten, der ein Jahr lang in einem japanischen Lager gefangen gewesen war, machte sich der Kongreß an die Verwirklichung sozialer und politischer Reformen. Da rückten die alliierten Besatzungsarmeen ein, zuerst von ihren Stützpunkten bei Wladiwostok aus die Russen und dann, von ihrem Landungshafen Inchon in Westkorea aus, am 8. September die Amerikaner.

Man kann nicht stark genug betonen, daß dies der entscheidende Augenblick in der Nachkriegsgeschichte Koreas war. Was seither geschehen ist, war weithin die Folge der Ereignisse, die sich in dem Monat zwischen der Kapitulation der Japaner und der Ankunft der alliierten Truppen abspielten. Hätte die neue koreanische Regierung unbehindert durch

die Besatzungsarmeen ihr Reformwerk durchführen können, so wäre Korea in kurzer Zeit zu voller nationaler Einheit und auch zu äußerer Unabhängigkeit gekommen. Daß es nicht dazu kam, war vor allem die Schuld der Vereinigten Staaten. Denn während die Sowjetarmee – begreiflicherweise – in ihrer Zone die revolutionären Volksausschüsse und die Regierung der neuen Republik Korea anerkannte, war die amerikanische Militärregierung von stärkstem Mißtrauen gegen sie erfüllt. Ihr Programm war für den durchschnittlichen USA-Offizier einfach Bolschewismus, und General Hodge kündigte denn auch unverzüglich an, daß vorläufig die japanischen Behörden weiter in Tätigkeit bleiben würden. Sein Befehl führte in Südkorea zu heftigen Protesten und zu Volkskundgebungen, bei denen Koreaner von der japanischen Polizei erschossen wurden. Die örtlichen Volksausschüsse und die koreanische Nationalregierung wurden von den Amerikanern zuerst ignoriert und dann gänzlich unterdrückt. Zwar wurden nach und nach auch die japanischen Behörden ersetzt, aber die Koreaner, die von der amerikanischen Militärregierung an ihrer Stelle ernannt wurden, gehörten meistens der äußersten Rechten an und hatten teilweise sogar mit den Japanern zusammengearbeitet. «Die Vereinigten Staaten», so stellte Andrew Roth in der Neuyorker «Nation» (13. August 1949) von Söul aus fest, «schufen eine Regierung, deren Ideale dem Faschismus näher standen als der Demokratie. Das geschah nicht ganz absichtlich. Die amerikanischen Besatzungsbehörden hätten einen gemäßigteren Politiker der Rechten lieber gehabt als Dr. Rhee. Aber sie erlaubten die Entwicklung von Verhältnissen, die Dr. Rhees Aufkommen unvermeidlich machten. Um den Kommunismus zu bekämpfen und das Vordringen sowjetischer Einflüsse aufzuhalten, verbündeten sich die Amerikaner mit extremen Antikommunisten, die die ganze totalitäre Technik des Polizeiterrors, der Folterung und der Unterdrückung der Freiheitsrechte anwandten, deretwegen die Amerikaner den Kommunismus zu verdammen gewohnt sind.»

So war Korea unheilbar in einen revolutionären Norden und einen gegenrevolutionären Süden gespalten. Der Norden gestaltete sich in einen kommunistisch geführten modernen Industrie- und Agrarstaat um, wobei vermerkt zu werden verdient, daß sich die Landwirtschaftsreform mehr nach chinesischem als nach russischem Muster vollzog. Der Süden blieb ein rückständiger, primitiv kapitalistischer und feudalistischer Ausbeuterstaat mit scharfen Klassengegensätzen und bedenklicher Verderbnis der herrschenden Schicht. Polizeistaaten ohne politische Demokratie im westlichen Sinn waren beide.

Wer war am Krieg interessiert! Beide Landeshälften faßten auch die Wahrscheinlichkeit eines Bürgerkriegs ins Auge und bereiteten sich darauf vor – in der wachsenden Überzeugung, daß die nationale Einheit Koreas nur mit Gewalt hergestellt werden könne. Dabei muß aber festgehalten werden,

daß ein unmittelbares Interesse an der Herbeiführung eines Krieges nur der engere Kreis der Regierenden in Südkorea mit Syngman Rhee an der Spitze hatte, und außerdem natürlich Tschiang Kai-shek, der in einem Krieg gegen das kommunistische Nordkorea nur den Anfang eines Krieges auch gegen das rote China sah und bis zum heutigen Tag zu einem solchen größeren Kriege treibt. Rhees Stellung war so unsicher, daß er eine gewisse Stützung aus dem Volk heraus nur durch einen «nationalen» Krieg erhoffen konnte. Nur so durfte er auch hoffen, sich der bedrohlichen revolutionären Strömung erwehren zu können, die vom Norden her auch ins Südland eindrang und bereits dazu geführt hatte, daß bei den Wahlen zur südkoreanischen Nationalversammlung vom 30. Mai 1950 die Partei des Ministerpräsidenten nur noch etwa einen Fünftel der Sitze behielt, während ein großer Teil der gewählten Kandidaten anderer Richtung sich öffentlich für Verhandlungen mit dem Nordstaat erklärt hatte. Die Nordkoreaner nützten diese Lage sofort zur Eröffnung einer lebhaften Einheitspropaganda aus, für Syngman Rhee ein Grund mehr, seine Rettung im Krieg zu suchen.

Tatsächlich schlug denn auch die südkoreanische Regierung den Vereinigten Staaten in aller Form vor, den kommunistischen Norden anzugreifen und das dortige kommunistische Regime zu stürzen. Doch wies Washington dieses Ansinnen offiziell ab, nicht zuletzt, weil die südkoreanische Armee für einen Einfall in den Nordstaat militärisch nicht genügend vorbereitet war; von amerikanischer Seite wurde sogar, wie General Roberts, der Leiter der USA-Militärmission in Korea, damals sagte, die Kriegsbereitschaft Südkoreas absichtlich verzögert, weil man fürchtete, daß eine schlagfertige Armee dann auch ohne amerikanische Bewilligung Nordkorea angreifen würde. Immerhin versicherte am 19. Juni 1950 John Foster Dulles, der republikanische Sachberater des amerikanischen Außenministeriums besonders für ostasiatische Fragen, vor dem südkoreanischen Parlament seinen Zuhörern: «Das amerikanische Volk leiht euch seine Unterstützung, moralisch wie materiell . . . Wir sehen euch als geistigen Teilhaber der Vereinten Nationen an . . . Ihr seid nicht allein; ihr werdet nie allein sein.»

Sechs Tage darauf stand Südkorea im Krieg mit dem Norden. Der militärische Angriff ging im großen offenbar von der Nordarmee aus; aber ebenso offenbar war er von der Regierung des Südstaates provoziert worden, vielleicht sogar bewußt, jedenfalls in dem Sinne, daß die Nordkoreaner überzeugt waren, Syngman Rhee und seine Gruppe würden im Vertrauen auf amerikanische Hilfe früher oder später doch zum Angriff schreiten, und nun ihrerseits losschlügen, solange diese Hilfe noch in weiter Ferne zu liegen schien. Diese letzte Erwägung dürfte auch für die Sowjetunion maßgebend gewesen sein. In Moskau hatte man keinerlei Interesse an einem Kriegsbrand im Fernen Osten, mußte vielmehr umgekehrt die nur im Frieden mögliche Entwicklung eines starken Chinas wünschen; wenn sich die Sowjetpolitik dennoch dem nordkoreanischen

Unternehmen nicht widersetzte, so nur darum, weil sie von einem schnellen Sieg der Revolutionsarmee und von einem Nichteingreifen der Vereinigten Staaten in die Auseinandersetzung der beiden Korea überzeugt war.

In dieser Annahme täuschte sich nun freilich Moskau ganz gründlich. Wohl war die amtliche Politik Amerikas anscheinend auf dem Weg, Ostasien sich selbst zu überlassen. Aber die mächtigen Interessengruppen, die in den Vereinigten Staaten und vom Hauptquartier MacArthurs in Tokio aus auf ein neuerliches aktives Eingreifen in den Kampf gegen die «Bolschewisierung des Fernen Ostens» drängten, hatten durchaus noch nicht abgerüstet. Sie waren durch den katastrophalen Zusammenbruch des alten Chinas nur zeitweilig verwirrt und entmutigt, gaben aber ihre Sache auf längere Sicht ganz und gar nicht verloren. Ein endgültiger Verzicht auf bewaffnetes Eingreifen in Ostasien hätte für sie, wie die «Monthly Review» (August 1951) mit Recht hervorhebt, weitreichende und schwere Folgen gehabt. «Zum ersten», so stellt die Neuyorker sozialistische Zeitschrift fest,

«hätte er den endgültigen Triumph der chinesischen Revolution, das Ende jeder ernsthaften gegenrevolutionären Drohung und die Festigung eines Blocks sozialistischer Staaten bedeutet, die sich von Mitteleuropa ununterbrochen bis nach Südostasien hinein erstrecken. Zum zweiten hätte er den Resten des westlichen Imperialismus im ganzen Fernen Osten einen tödlichen Schlag versetzt. Zum dritten hätte er allen amerikanischen Träumen von einer Beherrschung Chinas und dadurch auch des übrigen Asiens ein Ende gemacht. Und viertens wäre er – was zuwenig beachtet wird – auf die Länge für alle Träume von einer amerikanischen Herrschaft über Japan verhängnisvoll gewesen.»

So blieben die scharfmacherischen Imperialisten und konservativen Revolutionsgegner nur scheinbar untätig; in Wirklichkeit spähten sie gespannt nach der Gelegenheit aus, einen neuen und – wie sie hofften – entscheidenden Vorstoß in den asiatischen Riesenkontinent hinein zu machen. Und der Feind selbst lieferte ihnen überraschend schnell und glänzend diese Gelegenheit. Als sich die nordkoreanische Armee gegen Süden in Bewegung setzte, brauchte es nicht einmal mehr viel Mühe, um Präsident Truman und seine nächsten Ratgeber davon zu überzeugen, daß jetzt oder nie der Augenblick da sei, um dem «Angriffs- und Ausdehnungsstreben des Weltkommunismus» ein Halt zu gebieten. Die politischen und militärischen Führer der Vereinigten Staaten glaubten selbst, in dem nordkoreanischen Unternehmen den Anfang des lang erwarteten *allgemeinen* Eroberungskrieges Moskaus sehen zu sollen; den Stürmern und Drängern im Hintergrund blieb nur übrig, ihre Chance so vollständig als möglich auszunützen. Und das taten sie denn auch ohne Wanken. Kaum hatten – am 25. Juni 1950, frühmorgens – die Feindseligkeiten in Korea begonnen, da drückten sie – gleichentags in einer abendlichen Sitzung der politischen und militärischen Spitzenmänner der Vereinigten Staaten – einen Beschluß auf bewaffnetes Eingreifen in den Bürgerkrieg durch, und zwar, obgleich die UNO-Kommission in Korea

in ihrem Telegramm über den Ausbruch der Feindseligkeiten bemerkt hatte, es sei noch nicht festzustellen, welche Partei den Kampf begonnen habe. Man kann sich diese ganz außergewöhnliche Hast nur dadurch erklären, daß man annimmt, es sei irgendwie auch die Frage von Formosa im Spiel gewesen. Trotz den vorhin erwähnten Erklärungen führender amerikanischer Politiker über die Zugehörigkeit der Insel zu China waren eben die Militärführer um MacArthur und ihre politischen Agenten in den Vereinigten Staaten entschlossen, diesen wichtigen Stützpunkt nicht auch noch in die Hand der Pekinger Regierung fallen zu lassen. Und als dann im April 1950 die Streitkräfte der chinesischen Volksrepublik die Insel Hainan überraschend schnell besetzen konnten und sich anschickten, auch auf Formosa zu landen – die Unternehmung war auf den Juli angesetzt –, da schien ihnen offenbar der Augenblick zum Handeln gekommen. In der ersten Hälfte Juni flogen Foster Dulles, der amerikanische Wehrmachtsminister Louis Johnson und der Generalstabschef Omar Bradley zu General MacArthur nach Tokio; am 19. Juni hielt Dulles seine Rede vor dem südkoreanischen Parlament, und am 23. Juni wurde bekannt, an der Tokioter Konferenz sei beschlossen worden, «Formosa müsse in den amerikanischen Verteidigungsgürtel einbezogen werden». Es bedurfte nur noch der Eröffnung der Kämpfe in Korea, um der amerikanischen Regierung den Anlaß zu bieten, Formosa gegen einen Zugriff des kommunistischen Chinas abzuschirmen, also die spätere Eingliederung der Insel in den amerikanischen «Verteidigungsgürtel» vorzubereiten und gleichzeitig in Korea eine unschätzbare Landbasis für ein weiteres Vorgehen gegen China zu gewinnen.

Die Eigengesetzlichkeit eines Krieges Die Aktivisten ihrerseits weiteten inzwischen ihren Erfolg zielbewußt aus. Nicht nur, indem sie aufs neue enge Führung mit Tschiang Kai-shek nahmen, sondern auch und namentlich durch die Art und Weise, wie sie den Krieg in Korea selber führten und führen ließen. Das Ziel, das die Vereinten Nationen diesem Krieg zugewiesen hatten – die Zurückwerfung der Nordkoreaner hinter den 38. Grad – wäre schon im Frühherbst 1950, nach der Landung in Inchon und den großen Niederlagen der Nordarmee, zu erreichen gewesen. Aber das hätte eben nur die Wiederherstellung des früheren Zustandes bedeutet, und das wollten MacArthur und seine Partei gerade nicht. Das kommunistische Regime in Nordkorea sollte gänzlich liquidiert und damit – nach der «Sicherheit» Formosas – eine weitere Ausgangsstellung geschaffen werden, die es erlauben würde, das rote China selbst bei Zeit und Gelegenheit anzupacken. So setzte denn der Oberbefehlshaber der UNO-Streitkräfte die Bewilligung zum Vordringen über den 38. Breitengrad hinaus und bis an die chinesische Grenze hin durch, damit Lebensinteressen Chinas am Yalu und in der industriereichen Mandschurei be-

wußt verletzend und Peking zum militärischen Eingreifen direkt herausfordernd.

Dennoch erreichten die amerikanischen Aktivisten ihr letztes Ziel vorläufig nicht: den endgültigen Bruch mit dem neuen China und die Ausdehnung des Krieges mindestens auf die Mandschurei und die ostchinesischen Küstengebiete. Denn nur, wenn der Koreakrieg den engen Rahmen sprengte, den ihm – der guten Form halber – die Vereinten Nationen gezogen hatten, war der Weg frei für die *Gesamtregelung* der ostasiatischen Fragen, so wie sie den militärischen und politischen Imperiumsbauern vorschwebte. Und vor dieser Schlußfolgerung schreckten die Verantwortlichen in Washington doch zurück – nicht, weil sie eine solche Abrechnung überhaupt ablehnen würden, sondern weil sie fürchteten, die Sowjetunion auf den Plan zu rufen und einen Teil ihrer eigenen Verbündeten, insbesondere Großbritannien, zu verlieren. Nicht einmal die triumphale Rückkehr des abberufenen MacArthur nach der Vereinigten Staaten vermochte den Kurs der Regierung Truman–Marshall–Acheson zu wenden; es blieb bei dem Entschluß, in Ostasien zunächst Gewehr bei Fuß stehen zu bleiben und dafür die Entscheidung im Kampf mit dem Weltkommunismus in Europa zu suchen.

Merkwürdigerweise zog aber die amerikanische Politik nicht die Konsequenz aus ihrer Schau der Lage. Sie schien sich nicht klar darüber, daß der Koreakrieg – wie jeder einmal entfesselte Krieg – seine eigene Gesetzmäßigkeit hat und *entweder in aller Form abgebrochen oder aber nach China hinein ausgedehnt werden mußte*. Sie ließ den Brand in Korea weiter motten, hielt Formosa fest, duldete die Blockierung eines Teiles der chinesischen Küstengewässer durch Tschiang Kai-sheks Flotte, sperrte die Belieferung Chinas mit kriegswichtigen Gütern, begünstigte den Widerstand der Reste der Kuomintangarmee gegen die Volksrepublik und weigerte sich hartnäckig, dieser den chinesischen Sitz im Sicherheitsrat zuzuerkennen. So befand sich die Ostasienpolitik Washingtons in einem eigentümlichen Schwebезustand, der erst ein Ende zu nehmen schien, als dank dem diplomatischen Eingreifen der Sowjetunion Waffenstillstandsverhandlungen mit Nordkorea und China eröffnet werden konnten.

Aber auch diese Möglichkeit, den Koreakrieg abubrechen, wurde nicht entschlossen benützt. Man blieb an Nebenfragen hängen und ließ die Verhandlungen sich totlaufen, so daß der Krieg, wenn auch nicht ganz im alten Stil, wieder aufgenommen, ja durch Zerstörung eines Etappenzentrums dicht an der sowjetrussischen Grenze und durch Fliegervorstöße ins koreanisch-chinesische Grenzgebiet am Yalufluß teilweise noch verschärft wurde. Die Gefahren, die aus dieser ganzen militärisch-politischen Lage drohen, sind offenkundig, und MacArthur mag nicht geringe Genugtuung empfinden, daß er mehr und mehr doch Recht bekommt mit seiner Forderung, aufs Ganze zu gehen, das heißt, dem Koreakrieg seinen eigentlichen Sinn zurückzugeben und ihn nur als Aus-

gangspunkt für die weit umfassendere «Operation China» zu behandeln. Es rächt sich nun eben, daß die Vereinten Nationen sich dazu hergaben, den gegenrevolutionär-imperialistischen Krieg Amerikas in Korea als internationale Polizeiaktion gegen einen Friedensbrecher (im hergebracht völkerrechtlichen Sinn) aufzuziehen. Aber es bietet sich jetzt auch die Möglichkeit, diesen verhängnisvollen Fehler wieder gutzumachen, von dem reaktionären Imperialismus der herrschenden Klasse Amerikas klar abzurücken und durch großzügige Unterstützung der elementaren Freiheitsbewegung der «rückständigen» Völker auch das Ostasienproblem einer Lösung, einer wirklichen Lösung, entgegenzuführen.

Frieden mit Japan! Die Unterzeichnung eines Sonderfriedens der Vereinten Staaten und ihrer Verbündeten mit Japan, die soeben in San Francisco erfolgt ist, kann freilich nur die Zweifel daran verstärken, ob diese Möglichkeit ernsthafterweise überhaupt noch besteht. Denn die entscheidenden Bestimmungen des japanisch-alliierten Vertrags sind ja – wenn wir von den freilich nicht unbedenklichen wirtschaftlichen Klauseln absehen – diejenigen, die Japans Beziehungen zum asiatischen Festland nach Kräften erschweren, seine militärische Wiederaufrüstung hingegen erleichtern und seine Stellung als Satellitenstaat Amerikas bekräftigen. Dieser Zweck des Vertrags wird noch unterstrichen durch das gleichzeitig unterzeichnete japanisch-amerikanische «Verteidigungsabkommen», das den Vereinten Staaten das Recht gibt, auch fernerhin Militärstützpunkte in Japan mit der dazu erforderlichen Truppenzahl zu unterhalten. (Wobei die Frage der Zugehörigkeit Formosas zu Japan oder China überhaupt nicht erwähnt wird, natürlich in der Meinung, daß Formosa als Zufluchtsort Tschiang Kai-sheks ohnehin für das amerikanische Militärsystem in Ostasien gesichert sei.) Japan wird somit auch in Zukunft der «unversenkbare Flugzeugträger» Amerikas im Fernen Osten sein und eine wesentliche Rolle im Krieg gegen China und die Sowjetunion zu spielen haben, den man in Washington offenbar als unvermeidlich ansieht.

Man muß schon sagen: ein seltsamer Friedensvertrag, dieses Abkommen mit Japan, das von vornherein klar auf Krieg ausgerichtet ist und damit den Ausbruch eines Krieges fast willentlich begünstigt! Und mit dem Inhalt des Vertrags steht die Art und Weise im Einklang, wie er an der «Konferenz» von San Francisco unter Dach und Fach gebracht wurde: keine Verhandlung, Unterdrückung jeder wirklichen Aussprache über die einzelnen Vertragsbestimmungen, lediglich auf ein Mindestmaß beschränkte offizielle Erklärungen der vertretenen Mächte – kurz: amerikanisches Diktat, Durchsetzung eines einseitigen Parteiwillens, Protokollierung eines fait accompli. Mit nur zuviel Grund stellt darum der «New Statesman» (1. September) fest:

«Indem Amerika die Erörterung dieser Fragen (Militärstützpunkte in Japan, Zukunft Formosas, Wiederaufrüstung Japans usw.) in San Francisco verweigert, wird

es der Welt verkünden, daß seine Politik nunmehr auf der Hinnahme eines Krieges mit China beruht . . . Wir wären nicht gegen einen ‚liberalen‘ Vertrag, wenn er eine aufbauende Bemühung zur Lösung der Streitfragen darstellte, die die Großmächte in Asien einem Krieg entgegentreiben. Aber gerade weil der vorliegende Entwurf nichts zu einer solchen Regelung beiträgt, sondern im Gegenteil durch den Ausschluß des kommunistischen Chinas den Schwierigkeiten dauernde und sozusagen verfassungsmäßige Form gibt, stellt er eine katastrophale Abkehr von jeder wirklichen Bemühung zur Vermeidung eines Krieges dar.»

Und diesen Vertrag wagt man uns in allen Tönen als «Werk der Versöhnung», als «Etappe auf dem Wege zur Befriedung der Welt», ja als Ausdruck wahrhaft christlichen Geistes, der mit der Feindesliebe Ernst mache, anzupreisen! Genau das Gegenteil von dem ist wahr, was uns diese lügnerische Propaganda glauben machen will. Kein Wunder darum, daß das «Friedenswerk» von San Francisco vor allem von den asiatischen Völkern deutlich abgelehnt wird und beispielsweise Regierung und Presse Indiens einig sind in der Feststellung, er trage bereits den Keim eines neuen Krieges in sich. Mitunterzeichnet wurde der Vertrag, als Vertretern Asiens, denn auch nur von Pakistan, Ceylon, Bao Dai's Indochina, den Philippinen und Indonesien; Indien und Burma lehnten die Beschickung der Konferenz überhaupt ab, und die Sowjetunion, die den Widerstand gegen den Vertrag anführte, verweigerte die Unterschrift. Moralisch steht so der «Frieden» mit Japan auf denkbar schwachen Füßen, zumal Pakistan und Ceylon wohl nur aus Trotz gegen Indien, nicht aber aus sachlicher Überzeugung Ja zum Vertrag sagten. Und auch Australien und Neuseeland mußten zuvor durch den Abschluß eines «Verteidigungspaktes» mit Amerika beschwichtigt werden, ehe sie der Wiederaufrüstung Japans ihre förmliche Zustimmung gaben. Daß Frankreich, das jede Selbständigkeit in außenpolitischen Entscheidungen verloren hat, vorbehaltlos unterschreiben würde, war von vornherein gegeben. Was aber England betrifft, so lassen wir wiederum den «New Statesman» sprechen (21. Juli): «Die Wahrheit ist, daß Großbritannien durch sein Einverständnis mit einem Vertrag, der China noch weiter in die Arme der Sowjetunion treiben muß, seine eigenen besten Interessen wie auch die Hoffnungen seiner Freunde in Asien verraten hat.» Vom bloß machtpolitischen Standpunkt aus könnte in der Tat die Sowjetunion, die ihr Ansehen in Asien nicht wenig gestärkt sieht, mit dem Werk von San Francisco zufrieden sein. Nur wird man auch in Moskau nicht so kurzfristig sein und die verhängnisvollen Fernwirkungen des Japan-Vertrags verkennen, Wirkungen, an denen gerade die Sowjetunion alles, nur keine Freude haben kann, die aber auch die übrige Welt zu beklagen nur allzu bald Anlaß haben wird.

Gefahr und Hoffnung Sehen wir näher zu. Der Vertrag von San Francisco steht zunächst in schroffem Gegensatz zu der Politik, welche die Alliierten bei Kriegsende gegenüber Japan befolgen zu wollen erklärten. Damals war man anscheinend durch-

aus einig darüber, daß Japan nicht wieder aufrüsten dürfe, bevor sein ganzer Gesellschafts- und Staatsaufbau von Grund aus umgewandelt sei. Die neue japanische Verfassung, die von General MacArthur namens der Vereinigten Staaten ausdrücklich gutgeheißen wurde, bestimmt sogar, daß Japan «für alle Zeiten» auf die Führung von Kriegen zu verzichten habe, und garantiert, daß Japan nie wieder Land-, See- und Luftstreitkräfte unterhalten dürfe. Das wird jetzt, wenn nicht der Form, so doch der Sache nach durch einseitige, von Amerika diktierte Verfügung widerrufen. Wenn man aber einwenden wollte, daß das heutige Japan eben ein anderes sei als dasjenige von 1945, so könnte nur Unkenntnis der Dinge oder gewollte Blindheit dem beistimmen. Gewiß hat Japan nach außen hin während der Besetzungszeit einen demokratisch-pazifistischen Anstrich bekommen (so wie auch Westdeutschland). Auch ist eine Reihe wirtschaftlicher und sozialer Reformen durchgeführt worden, die unzweifelhaft ihr Gutes haben und auf die Länge ebenfalls demokratisierend wirken dürften. Aber die *entscheidenden, vorherrschenden* Züge im Gesicht des «neuen» Japans sind – darüber kann ein Zweifel überhaupt nicht bestehen – die gleichen wie diejenigen des alten, das seit zwei, drei Generationen planmäßig auf die Unterwerfung ganz Asiens unter die Herrschaft seiner führenden Klasse ausging. Im besonderen ist die Macht der wirtschaftlichen und finanziellen Riesenkonzerne, die für Japan noch kennzeichnender sind als für irgendein anderes modernes Industrieland, tatsächlich ungebrochen, wenn nicht gegenüber der Vorkriegszeit gar noch verstärkt. Noch vor wenig mehr als anderthalb Jahren sprach der britische Vertreter in der alliierten Kontrollkommission für Japan davon, daß «ein neues Monopol im japanischen Bankwesen aufgekommen» sei, mit dessen Hilfe «acht Banken 80 Prozent des industriellen, finanziellen und wirtschaftlichen Lebens von Japan beherrschen». (Oberstleutnant Hodgson am 1. März 1950.)² Und Hand in Hand damit geht die Wiederaufrichtung der Machtstellung der alten politischen und militärischen Führungsschicht, die Japan auf den Weg seiner Kriegs- und Eroberungsunternehmungen getrieben hat. Was die Londoner «Times» in ihrem Jahresrückblick auf 1949 bemerkte, gilt heute noch viel mehr: «Immer größere Macht, wirtschaftliche wie poli-

² Zu dieser Feststellung steht in auffallendem Widerspruch die Behauptung Präsident Trumans (in seiner Ansprache vor der Konferenz von San Francisco): «Monopole, die einstmals die japanische Wirtschaft im Würgegriff hielten, sind im wesentlichen gebrochen worden.» Aber im gleichen Widerspruch mit den Tatsachen befindet sich Truman eben auch mit seinen übrigen Behauptungen: Japan erhalte jetzt seine volle Unabhängigkeit und Souveränität wieder (als Untertanenland Amerikas!), sein alter Militarismus sei beseitigt worden (durch seine Neuausrüstung!), der mit ihm abzuschließende Vertrag sei ein Vertrag der Versöhnung (weil man Japan auch einen Preis dafür zahlen muß, daß es sich zum Werkzeug der westmächtlichen Machtpolitik hergibt!) und enthalte «nicht die Saat für einen neuen Krieg», diene vielmehr nur der Abwehr gegen eine über Ostasien schwebenden «Aggressionsgefahr» (China oder die Sowjetunion als Angreifer Japans? Welcher Widersinn!). Auf derlei Behauptungen baut sich das «Friedenswerk» von San Francisco auf!

tische, wird jetzt den Japanern eingeräumt, und die Männer, die sie ausüben, lassen gegenwärtig wenig Anzeichen erkennen, daß sie mit den Überlieferungen der Wirtschafts- und Militäroligarchie gebrochen haben, die zuerst Japan auf seinen verhängnisvollen Angriffskurs festgelegt hat.» Die planmäßige Freilassung und Rehabilitierung der Hunderttausende von Kriegsverbrechern und sonstigen Mitschuldigen des alten Regimes ist nur ein Anzeichen für das, was jetzt in Japan (wiederum wie in Westdeutschland) tatsächlich vor sich geht. Basil Davidson, der Sekretär der britischen «Union für Demokratische Kontrolle», darf darum in seiner Schrift «Japan als Bundesgenosse? Fassade und Tatsachen», die diese Zusammenhänge scharf beleuchtet, ruhig feststellen: «Die Wiederaufrüstung Japans unter den gegenwärtigen Umständen bedeutet die Wiederaufrüstung eines militaristischen und nationalistischen Japans.»

Aber eben – das ist es ja gerade, was Amerika will oder doch in Kauf nimmt. Es braucht für seine ostasiatische Machtpolitik einen zuschlagwilligen Verbündeten, ein nicht so leicht zu erschöpfendes Soldatenreservoir, ein verlässliches Werkzeug für seine Absicht, die national- und sozialrevolutionäre Bewegung der Völkermassen des asiatischen Festlands in Schach zu halten und womöglich zu zerschlagen. Zu diesem Zweck soll Japan in das pazifisch-ostasiatische Imperium der Vereinigten Staaten eingegliedert und im gegebenen Augenblick vor allem gegen das neue China eingesetzt werden. Das war von Anfang an die Politik MacArthurs, und das ist nun in aller Form die amtliche Politik der Regierung Truman-Acheson geworden. Eine falsche Politik, ein wider-natürliches Unterfangen, das von vornherein zum Scheitern verurteilt ist! Schon aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen. Japan gehört ja eng mit dem asiatischen Festland, besonders mit China, zusammen. Seine Industrie ist auf die Einfuhr von Kohle und anderen Rohstoffen aus dem Festland angewiesen; ohne ungehinderten Warenaustausch namentlich mit China, der Mandschurei und den südostasiatischen Ländern müßte ein großer Teil der 84 Millionen Japaner buchstäblich verhungern. Das ist denn auch der Grund für die Herrschafts- und Eroberungspolitik gewesen, die Japan von etwa 1870 bis 1945 konsequent betrieben hat.

Nun wäre es freilich denkbar, daß diese Wirtschaftsgemeinschaft Japans mit China und dem übrigen asiatischen Festland *unter amerikanischer Vormundschaft* hergestellt würde, und in dieser Richtung gehen tatsächlich die Pläne der amerikanischen Imperiumsbauer. Aber dem stehen zwei unübersteigbare Hindernisse im Weg. Einmal der Unabhängigkeitswille der asiatischen Völker, der wie jeden anderen, so auch den amerikanischen Imperialismus endgültig abzuwerfen entschlossen ist. Und daß es sich bei den «Verträgen» von San Francisco wirklich um amerikanischen Imperialismus handelt, der durch die juristische Einkleidung nur aufs allernotdürftigste verschleiert ist, das ist für jeden Sehenswollenden völlig klar. Darauf macht auch Robert Guillain, der Tokioter Korrespondent des «Manchester Guardian» und des Pariser «Monde»,

aufmerksam wenn er schreibt: «Der Friedensvertrag enthält einen gewissen Artikel 5, der Japan verpflichtet, den Vereinten Nationen unter allen Umständen Beistand zu leisten. Durch diesen Verbindungsmechanismus wird Japan unausweichlich ins Schlepptau genommen. Die Stützpunkte auf japanischem Gebiet können im Namen der Vereinten Nationen benützt werden, ohne daß Japan darüber befragt wird, und sogar noch, ehe es seinen Einzug in Lake Success gehalten hat, den das russische Veto ohnehin fragwürdig macht.» («Manchester Guardian», 1. September.) Der ganze Friedensvertrag scheint überhaupt nur deshalb abgeschlossen worden zu sein, um dem japanisch-amerikanischen Militärabkommen eine formale Grundlage zu geben. Und dieses Abkommen geht nun wirklich sehr weit. Es sichert den Amerikanern mehr als 20 Stützpunkte, gibt ihnen fast vollkommene Verfügungsfreiheit über das japanische Verkehrsnetz, ermöglicht ihnen nötigenfalls die Übernahme der öffentlichen Dienste und die Abhaltung von Manövern auch außerhalb der Militärstützpunkte und entzieht ihre Wehrmachtsangehörigen im wesentlichen aller japanischen Rechtshoheit. Also einfach Fortführung des Besatzungsregimes unter anderem Namen für die Zwecke der amerikanischen Ostasienpolitik!

Die Amerikaner würden sich aber sehr täuschen, wenn sie ernstlich darauf zählten, daß Japan auf die Dauer die ihm zugedachte Rolle als Sturmbock einer ausländischen Wirtschafts- und Militärmacht zu spielen bereit sei. Dazu wird es sich um so weniger hergeben, als während der kaum sehr kurzen Zeit, die nötig wäre, um Japan dem amerikanischen Fernost-System einzufügen, die japanische Wirtschaft auf enge Beziehungen zum asiatischen Festland gar nicht verzichten könnte, ohne die schwersten Erschütterungen zu erleiden. Ein ungenannter Mitarbeiter der Neuyorker «Nation», der als «hervorragender japanischer Volkswirtschaftler mit gemäßigten politischen Ansichten» vorgestellt wird, bemerkt denn auch (Nummer vom 11. August) unumwunden:

«Unter den mittleren und kleinen Geschäftsleuten, Ingenieuren, Lehrern und Gewerkschaftern sieht man ein, daß das Land ein größeres Interesse daran hat, seine Wirtschaft auf eine friedliche und solide Grundlage zu stellen, als kurzfristig unter unsicheren Verhältnissen sofortigen Bestellungen nachzujagen. Ihre wahre Sorge gilt der Überwindung der Unsicherheit, die dem gegenwärtigen Kolonialstatus des Landes entspringt, in welchem die japanische Wirtschaft mit der amerikanischen Kriegswirtschaft verflochten ist.»

So bleibt als natürliche Folgerung aus den wirtschaftlichen und geopolitischen Gegebenheiten des japanischen Lebens nur die enge, freundschaftliche Zusammenarbeit mit dem übrigen Asien, vor allem mit China, und der Anschluß Japans an die große Umwälzung übrig, die sich im ganzen Sozial- und Kulturgefüge des asiatischen Erdteiles vollzieht. Noch verdunkelt diese Sachlage die Unterwürfigkeit einer japanischen Oberschicht und Regierung, die ihr Klasseninteresse mit demjenigen der amerikanischen Führungsgruppen zusammengeworfen hat. Allein

im japanischen Volk wächst sichtbar der Widerstand gegen einen Kurs, der das Land aufs neue ins Verderben stürzen muß, wenn er nicht noch rechtzeitig herumgerissen wird. «Der Dulles-Vorschlag, amerikanische Armee-Einheiten auf unbestimmte Zeit in Japan zu stationieren und die Militärstützpunkte zu behalten (mit der Wiederaufrüstung als Ergänzung), ist bei den meisten Japanern unbeliebt», schreibt der schon erwähnte japanische Mitarbeiter der «Nation», der auch die Korruption unter den hohen Beamten seines Landes geißelt und keinen Unterschied zwischen der gegenwärtigen japanischen Regierung und derjenigen Tschiang Kai-sheks oder Syngman Rhees sehen kann. Und er fährt fort:

«Die Amerikaner sagen, wenn nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags alliierte Truppen in Japan stationiert würden, so werde das im Einklang mit Vereinbarungen geschehen, die Japan freiwillig für Zwecke der kollektiven Sicherheit getroffen habe... Die Japaner glauben aber, daß sie keine freie Wahl haben. Schon wenn jemand nur den Rückzug der Besetzungstruppen verlangt, kann er auf Grund einer Regierungsverordnung wegen beleidigender Haltung gegenüber der Besetzungsbefehlshaber bestraft werden. Er kann sogar vor Militärgericht gestellt werden. Seit Beginn des Korea-Krieges sind im Gebiet von Tokio oft schon Massenversammlungen für den Frieden oder einen Friedensvertrag verboten worden. Eine Zeitung, die sich ‚Friedensstimme‘ nannte, wurde gezwungen, ihr Erscheinen einzustellen. Der ‚Arbeiter‘, das Organ einer linksstehenden Gewerkschaft, und die ‚Friedenspresse der Frauen‘ wurden ebenfalls unterdrückt. Nicht weniger als 2000 Menschen sind wegen Agitation für den Frieden ins Gefängnis geworfen und viele junge Studenten der Tokioter Universität verhaftet worden. Niemand in unserem Lande bildet sich ein, daß ein Abkommen über den Verbleib amerikanischer Armee-Einheiten in Japan freiwillig getroffen würde oder daß die Regierung Yoshida, wenn sie ihm zustimmt, den freien Willen der Nation ausdrücke. (Schon diese Feststellung genügt, um klarzumachen, was es mit der angeblichen Demokratisierung Japans auf sich hat. H. K.)

... General MacArthur mag in Aussicht genommen haben, die japanische Volkspolizei kriegsmäßig auszubilden und sie aufs Schlachtfeld zu schicken, aber das gegenwärtige japanische Volk, so kriegerisch gesinnt es in der Vergangenheit gewesen sein mag, sieht keinerlei Grund, sein Leben zur Verhinderung einer Ausbreitung des Kommunismus herzugeben, wenn kein Anzeichen dafür besteht, daß sein Heimatland angegriffen wird. Das japanische Volk hat eine bittere Kriegserfahrung... Die jungen Männer zögern, Soldaten zu werden, da sie wissen, daß sie gezwungen werden könnten, als Söldner China oder Korea anzugreifen, statt ihr eigenes Land zu verteidigen... Eine Abstimmung, die kürzlich in den Universitäten von Kyoto und Hitosubashi vorgenommen wurde, ergab, daß 92,8 Prozent der jungen Japaner nicht freiwillig in die Wehrmacht eintreten werden. Die meisten derjenigen, die gefragt wurden, was sie täten, wenn sie ausgehoben würden, sagten, sie würden sich der organisierten Widerstandsbewegung anschließen oder davonlaufen. Ähnlich hat eine Umfrage unter den Automobilarbeitern in Tokio und Yokohama ergeben, daß 90 Prozent einen allumfassenden Friedensvertrag wollen und 70 Prozent gegen die Wiederaufrüstung sind.»

«Diese weitherum vertretenen Ansichten», so schließt der japanische Volkswirtschaftler, «sind nicht auf den Einfluß Rußlands oder des kommunistischen Chinas zurückzuführen, sondern entsprechen den innersten Gefühlen des Volkes.» Wie tröstlich, das zu wissen! Und so bleibt auch hier unsere große Hoffnung, daß der Krieg durch den wachsenden Widerstandswillen des einfachen Volkes verhindert werden wird. Wenn das japanische Volk Nein sagt, wird das imperialistische Amerika kein

«Menschenmaterial» haben, um seinen Krieg gegen die revolutionäre Neugestaltung Asiens zu führen, so wenig es in Europa zum Krieg schreiten kann, wenn die Völker unseres Erdteils nicht mitgehen. Aber die Regierenden müssen das rechtzeitig wissen, damit sie nicht dennoch den wahnwitzigen Versuch machen, eine neue Weltkatastrophe auszulösen!

10. September.

Hugo Kramer.

SCHWEIZERISCHE RUNDSCHAU

Glänzende Zeiten Wer diesen Sommer an ein paar unserer Kurorte vorbeikam oder gar selbst in der Nähe eines Fremdenverkehrsgebietes wohnt, dem wurde aufs neue bewußt, welcher Wohlstand, ja Reichtum sich dank der üppigen Kriegs- und Nachkriegskonjunktur im Schweizervolke mehr und mehr ausbreitet. Der «Betrieb», der hier herrschte, das Geld, das hier rollte, der Luxus, der sich hier entfaltete — das waren neue Anzeichen des unerhörten materiellen Aufschwunges, den das Leben in der einstigen bescheidenen, von Natur kärglich bedachten helvetischen Hirtenrepublik genommen hat. Gewiß sind es größtenteils Ausländer, die jetzt wieder, waggonweise importiert, unsere Kurorte bevölkern, aber daß die einheimischen Gäste aus breiteren Volksschichten herkommen, als dies noch vor verhältnismäßig wenig Jahren der Fall war, ist dennoch auffällig und weist auf den erfreulich guten Einkommensstand hin, zu dem sich auch ein ganz großer Teil der Arbeiterschaft und des «unteren» Mittelstandes emporgehoben hat. Die Arbeitslosigkeit ist jedenfalls so geringfügig wie wohl überhaupt noch nie in der neueren Wirtschaftsgeschichte der Schweiz; zählte man im Juli 1949 immerhin noch 4081 Arbeitslose — schon das eine ausnahmsweis niedrige Zahl —, so waren es im Juli dieses Jahres nur deren 1159, so daß die Nachfrage nach Arbeitskräften nur durch verstärkte Heranziehung ausländischen Saisonpersonals, besonders in der Landwirtschaft, im Baugewerbe, in der Hotellerie und im Hausdienst, befriedigt werden konnte. Auch der Außenhandel ist sowohl mengen- als wertmäßig bedeutend über den Stand der letzten Jahre hinaufgekommen; die Ausfuhr war im zweiten Vierteljahr 1951 um nicht weniger als 40 Prozent höher als in der entsprechenden Zeit des vergangenen Jahres. Schon fragt man sich, wo das alles enden solle. Denn daß dem wirtschaftlichen Aufschwung der Abstieg so sicher folgen wird wie dem Sonnenaufgang der Untergang, das weiß man gerade auch in denjenigen Kreisen sehr wohl, die am meisten von der Hochkonjunktur profitieren. Oder rettet ein neues Kriegsgeschäft auch die schweizerische Wirtschaft vor der Krise? Es wäre vermessen, darauf zu spekulieren; die Wahrscheinlichkeit ist größer, daß auf die Länge ein Krieg auch die Schweiz ruinieren und auf einen primitiveren Kulturstand zurückwerfen müßte.

Inzwischen nützt die «freie Wirtschaft» die Rüstungskonjunktur nach Kräften aus. Gegenüber der dritten Wehrsteuerperiode (1943/44) hat sich in der vierten Periode (1947/48) die Zahl der Bezüger von Einkommen zwischen 90 000 Franken und 100 000 Franken um volle 45 Prozent erhöht, diejenige der Verdienner von über 100 000 Franken im Jahr auch noch um 34 Prozent. Und seither sind der Schwerverdiener zweifellos noch mehr geworden. Daß angesichts dieser Reichtumssteigerung unsere Oberschicht jammert, das wahrlich sehr rücksichtsvoll angelegte «Friedensopfer», das zusammen mit einer bescheidenen Erhöhung der Zuschläge zur Wehrsteuer die gegenwärtig laufende Initiative der Sozialdemokratischen Partei den Besitzenden zumutet, sei wirtschaftlich unerträglich und drohe den Unternehmungsgeist